

Menems Botschaft an die Allianz

Appell an die republikanische Reife / Unmittelbare Reaktion der Opposition

Präsident Carlos Menem hat den Spitzenpolitikern der Allianz vorgeworfen, „die Institutionen der Verfassung zu schwächen“. In einem offenen Brief mit dem Titel „Appell an die republikanische Reife“ verringerte er die Bedeutung seiner von der Verfassung diktierten Unmöglichkeit, sich einer neuerlichen Wiederwahl zu stellen. Der Artikel 90 und die neunte Übergangsklausel der Verfassung von 1994 verbieten kategorisch die zweite aufeinanderfolgende Wiederwahl Menems. Die Regierung, gab Innenminister Carlos Corach zu, suche eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes zu erreichen, die das Grundgesetz interpretiert und die Schranke beseitigt, die vor einer neuerlichen Wiederwahl steht.

Menem in seiner Botschaft versicherte, dass die Allianz „die Verfassung schwächte“ und erklärte: „Jeden Tag bin ich das bevorzugte Ziel jener, die es aus Mangel an legitimen, die Volksmeinung für sich einnehmenden Vorschlägen, nötig haben, Reklame für sich zu machen und dann auf den loszugehen, der auf Grund seines Amtes das grösste Interesse weckt. Es wird da rücksichtslos das republikanische Gleichgewicht und eine Staatsgewalt, die Justiz, angegriffen, die der Garant der Bürgerrechte ist.“ Dann aber fuhr der Präsident schweres Geschütz auf, indem er feststellte, er habe sprachlos vor Staunen zur Kenntnis genommen, dass „eine Abgeordnete und nicht nur das, sondern auch Präkandidatin für die Präsidentschaft (unzweifelhaft war damit Graciela Fernández Meijide gemeint) mich angeblich in Verteidigung der Verfassung offen bitet, sie zu verletzen, denn den Gerichtshof anzuweisen, in der einen Art oder in der anderen zu entscheiden, wäre eben eine Verletzung“.

Daneben betonte Menem unter anderem: „Es ist beängstigend und geradezu beleidigend, fortlaufend die öffentliche Meinung mit der Bestimmung meiner Vermögenserklärung zu verwirren, die seit dem ersten Tag dort ist, wo sie dem Gesetz nach sein muss“. Oder: „Es ist die Karikatur einer systematischen Opposition gegen die justizialistische Verwaltung; und dort wo sie regieren sollen, wie in der Hauptstadt, zeigen sie ihre Unfähigkeit, Zweideutigkeit und Unentschlossenheit in dem Versuch, Einstimmigkeit für einen simplen Zusammenlebenskodex zu erreichen.“

Die Antwort der Opposition liess nicht auf sich warten und war je nach Absender ironisch (Graciela Fernández Meijide), altersweise (Alfonsín) und erbost (Cavallo). Die Abgeordnete und Präkandidatin unterstrich, dass Menem tatsächlich ein Problem mit der Wahl habe, weil er heute nur zwölf Prozent Zustimmung in der öffentlichen Meinung finde, und dass er keine neuerliche Wiederwahl erreichen könne, sei kein Wahlproblem, sondern eines der Verfassung. Alfonsín seinerseits meinte, das was Menem der Allianz rate, hätte er in den Jahren seiner Regierung tun sollen, nämlich sich darum zu kümmern, dass die Staatsgeschäfte transparent sind. Cavallo hingegen zeigte sich erbost: „Ich akzeptiere nicht, Komplize der heimtückischen, von Menem arrangierten Manipulation der Justiz zu sein, um Mafiosi, Schmuggler und Korrupte zu decken. Ich werde in meinem Kampf nicht nachlassen, um zu verhindern, dass man sich des Prestiges bedient, das ich in der Wirtschaft und den Auslandsbeziehungen gewonnen habe. Wenn Menem Mut hat, um offen zu sprechen, lade ich ihn zu einer öffentlichen Debatte ein.“

Duhalde setzt alles auf eine Karte

Bonaerenser Gouverneur will Volksbefragung zur Wiederwahl

Statt sich einen wohlverdienten Ruhetag zu gönnen, hat sich der Gouverneur von Buenos Aires, Eduardo Duhalde, am 9. Juli in sein Landhaus zurückgezogen und darüber nachgebrütet, was zu unternehmen sei, um die erneute Wiederwahl seines Intimfeindes Carlos Menem zu verhindern. Seit Wochen schon durch schlechte Umfrageergebnisse in die Enge getrieben, holte Duhalde am Donnerstag zum Befreiungsschlag aus.

Am 13. September will er in der Provinz Buenos Aires eine Volksbefragung durchführen, bei der sich die Stimmberechtigten zu den Wiederwahlgelüsten des Präsidenten äussern sollen. Ein entsprechendes Dekret unterzeichnete Duhalde in seiner Wochenendresidenz Don Tomás. Das Dekret besteht aus zehn Artikeln. Der erste und wichtigste sieht vor, dass die Bevölkerung sich dazu äussert, ob die Abgeordneten

und Senatoren der Provinz Buenos Aires eine Verfassungsänderung gutheissen sollen, die eine erneute Wiederwahl des Präsidenten erlauben würde. Die Teilnahme an der Abstimmung ist für die Stimmberechtigten nicht obligatorisch. Das Resultat des Urnengangs muss ausserdem nicht zwingend umgesetzt werden.

Der Abstimmung soll lediglich konsultativer Charakter zu kommen und sie soll nach Duhaldes Vorstellungen ein „politisches Signal“ setzen. Mit seinem Vorhaben zielt Duhalde nicht nur gegen die eigene Partei und namentlich natürlich gegen den menemistischen Flügel innerhalb des PJ.

Der Gouverneur, der sich nach wie vor als einziger legitimer Präsidentschaftskandidat des Peronismus sieht, will sich auch gegenüber der Opposition als entschlossener Gegner einer erneuten Wiederwahl

Menems profilieren. Der Gouverneur will mit der Einberufung der Volksbefragung dem seit Monaten anhaltenden juristischen und politischen Tauziehen um die sogenannte „Re-re-elección“ endgültig ein Ende setzen. Gemäss Verfassung ist eine erneute Wiederwahl nicht zugelassen. Sollte sich zudem eine Mehrheit der Bevölkerung gegen eine erneute Kandidatur Menems aussprechen, so die Überlegung Duhaldes, würde sich das Thema von selbst erledigen.

Für den am Donnerstag gestarteten Gegenangriff nutzt Duhalde genau jenes Mittel, mit dem die Menem-Getreuen ihrerseits versuchen, dem Präsidenten den Weg zu einer dritten Amtszeit zu ebnet. In mehreren Provinzen, so zuletzt in La Rioja, will der Menemismus ebenfalls mit Volksbefragungen beweisen, dass die Bevölkerung durchaus gewillt ist, über eine Wiederwahl

selbst zu entscheiden und sich somit über die Verfassung hinwegzusetzen.

Die Opposition wies am Donnerstag darauf hin, dass es für eine derartige Volksbefragung vorderhand noch keine rechtliche Grundlage gebe.

Aus Duhaldes Umfeld dagegen wird auf den Artikel 67 der Provinzverfassung hingewiesen, wonach der Gouverneur eine solche Befragung durchführen dürfe, weil es sich, wie in jenem Artikel vorgesehen, um eine „Angelegenheit handelt, die für die Provinz von besonderer Bedeutung ist“.

Duhalde, so war aus seinem Umfeld zu erfahren, stützt sich bei diesem politischen Vabanquespiel auf letzte Umfrageergebnisse, wonach in der Provinz Buenos Aires gegen 70% der Bevölkerung einer erneuten Wiederwahl eher skeptisch gegenüberstehen.

Zwischenbilanz der erneuten Wiederwahl

Die erneute Wiederwahl Präsident Menems, im spanischen Politjargon als „re-reelección“ bekannt, ist längst der innenpolitische Dauerbrenner geworden, der sowohl die Mitglieder der justizialistischen Regierungspartei als auch die Opposition im Bann hält.

Wie bekannt, verbietet die Verfassungsnovelle von 1994 im Einklang mit dem Pakt von Olivos zwischen Expräsident Raúl Alfonsín und Präsident Menem vom November 1993 dem jetzigen Machthaber ausdrücklich die erneute Wiederwahl. Jener Pakt hatte die einmalige Wiederwahl von 1995 zugelassen, aber die nachfolgende von 1999 untersagt, indem der vorübergehende Paragraph Nr. 9 der Verfassungsnovelle erklärt, dass die Amtszeit Menems von 1989 bis 1995 als die erste im Sinne des Grundgesetzes gilt, das nur eine aufeinanderfolgende Wiederwahl zulässt. Nach Verlauf einer Amtsperiode darf sich Menem im Jahr 2003 wieder stellen.

Gegen dieses ausdrückliche Verfassungsverbot, das an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lässt, laufen die Mitarbeiter des Präsidenten seit Monaten Sturm vor den Gerichten. Nach den ersten Eingaben justizialistischer Parteimitglieder und mehrerer lokaler Parteiführer melden sich jetzt nahezu täglich neue Antragsteller vor Gericht. Bislang sind schon 27 Gesuche eingereicht worden. Weitere werden folgen, angeblich auf Geheiss von Menem selber in seiner Eigenschaft als Parteivorsitzender.

Die Anträge werden durchweg in erster und zweiter Instanz mit dem Hinweis abgewiesen, dass die Verfassung sonnenklar ist und die erneute Wiederwahl nicht zulässt. Insofern landen die Anträge gelegentlich beim Obersten Gerichtshof, der sowohl dritte Instanz in Rechtssachen als auch endgültiges Verfassungsgericht ist, das den Sinn und die Reichweite des Grundgesetzes auslegt. Gegen solche Verfassungssprüche gibt es keine weitere Instanz.

Menem oder seine engsten Mitarbeiter bedrängen die Parteiführer, insbesondere Gouverneure und Parlamentarier, damit sie auch Anträge für die erneute Wiederwahl stellen. Die meisten machen mit. Senator Carlos „Lole“ Reutemann lehnte ab, als zweiter Vizepräsident der Partei nach Gouverneur Eduardo Duhalde als erster Vizepräsident und Menem als Präsident des Parteivorstandes einen solchen Antrag zu stellen. Ihm sei als damaliger Gouverneur von Santa Fe ein ähnlicher Antrag vor dem Obersten Gerichtshof der Provinz mit neun Stimmen gegen keine Stimme abgelehnt worden. Es ging um seine eigene Wiederwahl, die die Provinzverfassung entgegen den meisten Gliedstaaten verbietet. Mit dieser Geste hat sich Reutemann als möglicher Ersatzkandidat der Justizialisten, sollten Menem und Duhalde ausscheren, profiliert, indem er politische Unabhängigkeit zur Schau stellte, wo seine Parteikommilitonen Befehle ausführen.

Die Justizialisten tragen als Argument für die erneute Wiederwahl ins Feld, dass Menem durch die Verfassungsnovelle eine Ächtung, spanisch „proscripción“, erleidet, welches Wort für die Peronisten besonders schmerzhaft ist, weil sie 18 Jahre lang als solche von der Politik verbannt waren und sich hinter neoperonistischen Phantasienamen verbergen mussten. Auch jetzt müssen sich die Peronisten als Justizialisten verkleiden, weil Personennamen für Parteien ausdrücklich verboten sind. Freilich geht es jetzt nicht um eine Partei schlechthin, sondern um die Einzelperson des Präsidenten.

Der Oberste Gerichtshof wird sich demnächst mit dem Verfassungsstreit befassen müssen, der sich auf die Zwangspensionierung der obersten Richter im Alter von 75 Jahren bezieht, wie sie die Verfassungsnovelle vorschreibt. Richter Carlos Fayt ist bereits älter und beanstandet diesen Paragraphen als unvereinbar mit der verfassungsmässig verbrieften Unabhängigkeit der Richter, die aus ihrer Amtsimmunität erwächst. Sollte der Oberste Gerichtshof in diesem Sinne Recht sprechen, dann hätte er

einen Paragraphen der Verfassungsnovelle für null und nichtig erklärt, weil er mit einem anderen Paragraphen kollidiert, dem ein juristisch höherer Rang eingeräumt werden würde.

Im gleichen Sinn könnte der Oberste Gerichtshof den Paragraphen, der die erneute Wiederwahl Menems verbietet, dem Grundrecht jedes Bürgers, zu wählen und gewählt zu werden, gegenüber stellen und letzterem Vorrecht gewähren. In den Vereinigten Staaten hat der Oberste Gerichtshof stets die Gesetze der Gliedstaaten als verfassungswidrig abgelehnt, die die Amtszeit der Parlamentarier beschränken wollten.

Im Obersten Gerichtshof gelten fünf der neun Richter als Menem-hörig, weil sie in bestimmten Rechtsstreiten für die Regierung gestimmt haben. Bisher haben diese fünf Richter noch kein Urteil gefällt, das direkt auf die Person des Präsidenten zugeschnitten ist. Daher bleibt abzuwarten, ob sie tatsächlich bereit sein werden, für die erneute Wiederwahl eine Rechtsbeugung zu vollziehen, die zudem dazu angetan ist, einen politischen Skandal sondergleichen in die Wege zu leiten.

Zwecks Feststellung, wie die Volksmeinung sich in Sachen erneute Wiederwahl verhält, hat der Menem-treue Gouverneur der Heimatprovinz La Rioja, Angel Maza, die Provinzlegislative bemüht, damit er für die Einberufung einer Volksbefragung ermächtigt werde, die sich zum Thema äussern soll. Die Legislative zaudert vorerst. In La Rioja hat Menem seit 1973 alle Wahlen mit über 60 Prozent der Stimmen gewonnen. Andere Menem-treue Gouverneure planen ähnliche Initiativen. Dagegen hat Gouverneur Eduardo Duhalde von Buenos Aires eine eigene Volksbefragung für den 13. September zur gleichen Frage einberufen, allerdings mit genau dem gegenteiligen Zweck, nämlich in Erwartung einer negativen Volksmeinung zur erneuten Wiederwahl.

Mit diesem Schachzug wurde der für den 17. Juli anberaumte Parteikongress ohne neues Datum verschoben, weil angeblich nicht bekannt ist, wieviele Delegierte die Parteimitglieder in jedem Gliedstaat vertreten dürfen. Hierüber sollen die Bundeswahlrichter im ganzen Land der Wahlrichterin Servini de Cubría Bescheid geben. Sie wurde vom Parteisekretär César Arias hierfür bemüht. Unterdessen ruht der Kongress, der möglicherweise zur Wiederwahl Stellung genommen hätte.

Die Opposition der Allianz zwischen den Radikalen (UCR) und der Koalition mehrerer kleiner Parteien, genannt Frepaso, überlegt längst, wie sie sich im Fall des Richterspruchs zugunsten der erneuten Wiederwahl zu verhalten hat. Die Anträge zur Absetzung der obersten Richter versanden auf jeden Fall, weil die dafür erforderliche Zweidrittelmehrheit im Unterhaus nicht aufzubringen ist.

Die Allianzpolitiker überlegen sich, ob sie ihre Mandate als Protest niederlegen sollen, welche Geste ihnen niemand abnimmt, ob sie Radau machen sollen mit Kundgebungen, Trommeln und Aufmärschen oder ob ihnen noch andere Methoden einfallen, die die Umsetzung des gefürchteten Urteils verhindern könnten.

Der Vorstoss des bundesstädtischen Senators García Arecha, ein politischer Freund des Regierungschefs Fernando de la Rúa, wahrscheinlichster Allianzkandidat und somit möglicher Wahlgegner von Menem, eine unverbindliche Volksbefragung in die Wege zu leiten, damit die Bürger aussagen, ob sie mit der erneuten Wiederwahl Menems einverstanden sind oder sie ablehnen, wurde umgehend von den Allianzgewaltigen abgesagt.

Eine Verfassungsreform zwecks Aussetzung des strittigen Verbotsparagraphen ist nicht machbar, weil die Zweidrittelmehrheit in der Deputiertenkammer nicht bereit steht. Somit bleibt nur der Oberste Gerichtshof, dessen fünf Richter je länger desto intensiver beobachtet werden, wie sie sich wohl verhalten mögen, wenn ihnen hunderte von Anträgen vor Gericht in dritter Instanz vorliegen und sie Recht sprechen sollen. Unterdessen brennt der Dauerbrenner munter weiter.

PJ - Manöver gegen Richter

Politische Prozesse gegen zehn Richter beantragt

Die PJ-Abgeordnetenfraktion hat am Dienstag gegen zehn Richter den politischen Prozess beantragt, „weil sie festgeschriebene Normen, die die Rechtsordnung im Lande bilden, verletzt haben“. In allen Fällen geht es um Entscheidungen gegen die Privatisierung der Flughäfen oder gegen den sogenannten „rebalanceo telefónico“ (Neubewertung der Telefentarife). Das Manöver der Abgeordneten richtet sich gegen die Richter María José Sarmiento, Guillermo Andrés Muñoz, José Argento, María Mordegliá, Liliana Heiland, Martín Silva Garretón, Ernesto Marinelli, Jorge Damarco, Martha Herrera und María Garzón de Conte Grand. Bei der ganzen Affäre handelt es sich um eine Breitseite gegen die Opposition, die einen ebensolchen Antrag gegen Mitglieder des Obersten Gerichtshofes stellte, weil sie angeblich im Zusammenhang mit den gleichen Themen zugunsten der Regierung entschieden. Die Massnahme der Abgeordneten erschwert die Situation der Justiz als Geisel des politischen Tauziehens. So wie die Allianz jetzt erklärt, es gebe Richter und dazu einen Obersten Gerichtshof, die bereit seien, die Regierung in ihren Projekten zu stützen, tritt unmittelbar die Regierung auf den Plan und versichert, es gebe auch solche, die Parteilosungen vertreten würden. Der Vizefraktionschef der Justizialisten, der Abgeordnete Miguel Pichetto aus Río Negro erklärt dazu, es seien „Richter, die ohne ausdrücklichen Antrag einer der Parteien Ausschreibungsprozesse und Verwaltungsverfahren bremsten, was dem Staat enormen Schaden verursachte“. In allen Fällen sei die Verletzung von Normen festzustellen, die Grundlage der Rechtsordnung seien, „in der eindeutigen Absicht, unser System der Teilung der Gewalten zu verletzen“. Pichetto wies ausserdem darauf hin, dass die Richter Verfassungs- und Prozessklauseln mit dem Hintergedanken interpretiert hätten, das demokratische System zu ändern und einen Bereich zu schaffen, der den Kongress ersetzt.

Marquevich unter Beschuss

Staatsanwalt Pablo Quiroga hat Bundesrichter Roberto Marquevich vorgeworfen, seine Amtspflichten verletzt und in böser Absicht gehandelt zu haben. Es geht dabei um die Ablehnung des Antrages, den Ex-Diktator Jorge Rafael Videla in Hausarrest zu schicken. In einem anderen Fall stimmte Marquevich zu. Quiroga geht davon aus, dass bei Anwendung des Gesetzes Videla nicht im Gefängnis von Caseros, sondern zuhause wäre. Das Gesetz 24.660 gewährt diese Sonderregelung Personen, die älter als 70 Jahre sind und Videla ist bereits 72 Jahre alt. Quiroga ging aber in seinem Schriftsatz wesentlich weiter. Marquevich habe, so Quiroga, etwas verboten, was das Gesetz zulasse und damit müsse sich die Justiz befassen.

Innenminister Corach bekennt Farbe

Ziel der Eingabenflut eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes

Als prominenter Manager der Offensive zur Erreichung der neuerlichen Wiederwahl von Carlos Menem zeigt sich der Innenminister Carlos Corach als erster Mann aus dem inneren Kreis des Präsidenten, der zugeibt, was seit einiger Zeit schon kein Geheimnis mehr ist: Der Menemismus spielt „va banque“, was bedeutet, dass er alles auf den Obersten Gerichtshof gesetzt hat, der den Weg für ein drittes Mandat noch freigeben könnte. Es war am Montag morgen, als man seine Meinung über eine zukünftige Berufung des Gouverneurs von San Juan, Jorge Escobar, zugunsten einer neuerlichen Wiederwahl von Menem hören wollte. „Ich weiss nichts davon, doch wird der Oberste Gerichtshof zu gegebener Zeit darüber entscheiden müssen“, stellte Corach fest.

Es geht dabei um eine Eingabe, die Escobar der Bundesju-

stiz in seiner Provinz im Namen des PJ in San Juan, dessen Vorsitzender er ist, machen will. Dieser rechtliche Schritt kommt dann zu den anderen Eingaben, die mit dem selben Anliegen von den Justizialisten in Jujuy und La Rioja präsentiert wurden. Wie verlautet, wollen auch die Justizialisten in Córdoba und im Chaco in den nächsten Tagen derartige Eingaben präsentieren. Ausserdem gibt es einige peronistische Gouverneure, die auf Betreiben von Escobar eine Erklärung unterzeichnen sollen, in der sie für die Wiederwahl ein-treten.

Die Erwähnung des Obersten Gerichtshofes durch Corach macht deutlich, dass die Regierung die Schwierigkeit, eine Verfassungsänderung im Kongress durchzusetzen, klar vor Augen hat und ebenso die des Plebiszitmeechanismus, zwei Ideen, die trotz allem nicht vom Tisch sind. Die sogenannte Justizstrategie des Menemismus sucht eine Äusserung des Obersten Gerichtshofes mit einfacher Mehrheit zugunsten der Wiederwahl zu erreichen. Diese einfache Mehrheit umfasst nämlich die Richter, die für gewöhnlich im Gleichklang mit den Interessen der Regierung abstimmen. Es sind dies Adolfo Vázquez, Guillermo López, Julio Nazareno, Eduardo Moliné O'Connor und Antonio Boggiano. Dies ist die tatsächliche Bewandnis der Flut von Einsprüchen und Berufungen, die da in den Provinzen präsentiert werden. Derzeit prüft der Gerichtshof eine Eingabe des PJ-Mitglieds Juan Carlos Ortiz Almonacid.

Zehn Jahre für Ex-Zollchef Delconte

Juan Carlos Delconte, Zollchef während der Regierung von Raúl Alfonsín, wurde am Dienstag wegen wiederholten Schmuggels in 3.636 Fällen zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Wie erinnerlich sass Delconte wegen dieser Delikte bereits drei Jahre und vier Monate in Untersuchungshaft im Gefängnis von Devoto. Das Urteil erging von Richter Guillermo Tiscornia, der kurz vor einem politischen Prozess steht, in dem ihm „Verletzung der Amtspflichten und mögliche Begehung von strafbaren Handlungen“ vorgeworfen werden. Der Urteilsspruch bedeutet nicht, dass Delconte wieder ins Gefängnis muss, da unmittelbar nach der Berufung durch seine Anwälte die Urteilsverfügung suspendiert wurde und es solange dabei bleibt, bis die Berufungskammer sich geäussert hat. Dies ist so, weil für dieses im September 1988 eröffnete Verfahren noch das alte Verfahrensrecht gilt. Delconte übernahm sein Amt im Zoll 1984 und trat im November 1988 zurück, als es zum Skandal um die Misswirtschaft bei Ein- und Ausfuhr von Produkten kam. Der Auslöser war eine Anzeige des damaligen UCeDé-Abgeordneten Aberto Albamonte über Schmuggelmanöver in Tierra del Fuego.

Richter Tiscornia geht von der Existenz einer Organisation im Betriebsbereich des Flughafens in Ezeiza aus, die parallel falsche Warenregister führte und so die Schmuggeloperationen durchführte. Der Richter sieht als erwiesen an, dass durch die vom Zoll gedeckten Manöver dem Land ein verheerender Schaden entstanden ist. Zwischen 1988 und 1991 wurden mehrere Untersuchungsverfahren wegen verschiedener Anschuldigungen gegen Delconte eröffnet, so wegen Missbrauchs der Amtsgewalt, Verletzung der Amtspflichten, Schmuggel, unrechtmässige Bereicherung, illegale Vereinigung und Geldwäsche. Für die letztere schickte ihn der damalige Bundesrichter Alberto Piotti nach Devoto, liess ihn aber umgehend nach Zahlung von 100.000 Dollar Kaution wieder frei.

UN-Resolution über die Malwinen

Komitee ruft zur Beendigung der kolonialen Situation der Inseln auf

Das Dekolonisierungs-Komitee der Vereinten Nationen hat am Montag einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der dazu aufgerufen wird, die koloniale Situation der Malwinen zu beenden und der Kontroverse über die Souveränität eine friedliche und verhandelte Lösung zu geben.

Es ist die 16. Resolution des Komitees dieser Art. Die Resolution, der auch Bolivien, Kuba, Chile, Papua Neuguinea und Venezuela zustimmten, unterstreicht die Besorgnis des Komitees über das Fehlen von Verhandlungen zwischen Argentinien und Grossbritannien über die Inseln trotz der guten Beziehungen zwischen beiden Ländern. Der Text unterstreicht auch die Notwendigkeit, dass beide Parteien die Interessen der Inselbevölkerung entsprechend berücksichtigen. Aussenminister Guido Di Tella äusserte vor dem Komitee sein Einverständnis mit der Resolution und erklärte gleichzeitig, in dieser Frage in anderer Form (friedlich und verhandelnd) vorzugehen hiesse einer widerrechtlichen Inbesitznahme den Vorzug zu geben, was am Ende einen Bruch der territorialen Integrität der Republik Argentinien bewirken würde. Ausserdem wies Di Tella darauf hin, die Resolutionen der UN hätten immer besonders unterstrichen, dass zur Lösung der kolonialen Situation erst der Disput um die Souveränität gelöst werden müsste. Im Rahmen seiner Rede versicherte der Aussenminister, sowohl das Dekolonisierungs-Komitee als auch die UN-Vollversammlung hätten wiederholt anerkannt, dass die Frage der Malwinen ein besonderer und aussergewöhnlicher Fall sei und nicht vergleichbar mit anderen, nicht selbständigen Territorien.

Di Tella forderte dann Grossbritannien auf, die Resolutionen der Vereinten Nationen zu respektieren, in denen immer wieder gefordert worden

sei, einen Dialog mit Argentinien über die Souveränität der Inseln einzuleiten.

In diesem Sinn wiederholte der Aussenminister die argentinische Verpflichtung für das „Wohlergehen“ der Inselbewohner und äusserte die Bereitschaft, „Verständnis für die Hoffnungen der Inselbewohner aufzubringen und ihre Zukunftspläne in Betracht zu ziehen“. Andererseits zeigte sich Di Tella überrascht, dass auf der anderen Seite keine Bereitschaft zu Verhandlungen vorhanden sei, um die Frage der Souveränität zu lösen. Argentinien habe nie aufgehört, seine Bereitschaft für Verhandlungen zu erklären.

Die Sitzung bekam eine besondere Note durch den Repräsentanten der Fidschiinseln, als dieser als grosse Neuigkeit ein Referendum vorschlug, in dem die Kelper selbst über ihre Zukunft entscheiden sollten. Einer derartigen Befragung hatte sich Argentinien aus prinzipiellen Gründen immer widersetzt. Während sich Di Tella und sein zweiter Mann Petrella für einen Dialog mit den Kelpers aussprachen, äusserten diese ihre tiefgehenden Ressentiments gegenüber den Argentinern. Eine der Antragstellerinnen von den Inseln, Sharon Halford, unterstrich ausserdem noch die Ängste vor einer neuen Invasion, was sich in der „pompösen Rhetorik äussere, die aus diesem Land (Argentinien) kommt“.

Verbesserung des Lebensabends

Die Stadtregierung soll als Leitkriterien für ihre Politik hinsichtlich der Senioren die Prinzipien der Würde, Unabhängigkeit, Teilnahme, Pflege und Selbstverwirklichung annehmen. Zwei Frauen in der Stadtlegislative, Gabriela González Gass, UCR-Fraktionschefin, gewählt auf Grund ihrer fleckenlosen langen politischen Karriere und Dora Martino, Vorsitzende der Kommission für soziale Aktion und Leiterin von Rentnerorganisationen, stellten die Initiative vor, mit der in der Stadt die Empfehlungen der Vereinten Nationen in bezug älterer Menschen zum Tragen kommen sollen. Die Lesung der fünf Prinzipien eröffnet Möglichkeiten und macht Unterschiede deutlich. Beispiel: Würde heisst, ein Leben unter dieser Bedingung zu garantieren und die Senioren vor Ausbeutung und körperlicher oder seelischer Misshandlung zu bewahren. „Ernährung, Wohnung, Kleidung und Gesundheitsbetreuung mittels von Einnahmen und Unterstützung der Familie; weiterarbeiten und Zugang zu anderen Einnahmefähigkeiten, Teilnahme an der Entscheidung wann und wie die Tätigkeit eingestellt wird, an edukativen Programmen teilnehmen und in der eigenen Wohnung leben, solange es möglich ist“, sind keineswegs Forderungen einer Rentnerorganisation, sondern geben dem Prinzip der Unabhängigkeit Gehalt. Aber nur wenige dieser Konzepte stimmen mit der Realität überein, bei 2,5 Millionen Rentnern oder Pensionempfängern, die seit mehr als sechs Jahren mit weniger als 300 Pesos auskommen müssen.

González Gass und Martino wollen jetzt dafür eintreten, dass diese UN-Prinzipien von der Stadtlegislative in Zukunft als „Mass aller Dinge“ für jede ihrer Initiativen in diesem Bereich genommen werden sollen. Der Vorschlag liegt jetzt der Legislative der Stadt mit den meisten Alten im Land vor: Buenos Aires.

LAVAropas
KOH-I-NOOR
ENTRA EN SU CASA

Entra en su casa
40 cm.
DE ANCHO

Importa API S.A.I.C. - Distribuye: AUTOSAL S.A. E. Echeverría 930
Florida (1602) Prov. de Buenos Aires - Tel.: 730-0011. Fax: 730-0800

SERVICIOS
DIGITALES S.A.

ESPECIALISTA EN
Multimedia, Titulos CD-Rom, Presentaciones
Interactivas, Documentos Electrónicos,
Internet, Intranet y mucho más...

Corrientes 456 - P.16 - of.161- (1366) Bs. As. - Argentina
Tel/Fax: (54-1)393-8837/394-8298 - servicios@maus.com.ar

Untersuchung des Nazi-Kunstraubes

Argentinien an internationaler Suche beteiligt

39 Länder, darunter die Vereinigten Staaten, Argentinien und Brasilien, haben jetzt eine Untersuchung darüber vereinbart, was mit den 220.000 von den Nazis während des II. Weltkriegs den Juden geraubten Kunstwerken geschah. Vielen von ihnen, so wird angenommen, landeten in privaten Kunstsammlungen, während andere in namhaften Museen der ganzen Welt ausgestellt sein könnten. In der vergangenen Woche fand in diesem Zusammenhang im Holocaustmuseum in Washington unter der Schirmherrschaft des US-Aussenministeriums ein Seminar statt, in dessen Rahmen die Kriterien für die Wiederbeschaffung aufgestellt wurden. Diese geraubten Kunstschätze sollen nach Schätzungen einen heutigen Wert von zwischen 90 und 140 Milliarden Dollar haben. Das Seminar in Washington war die letzte Phase der Vorbereitung einer internationalen Konferenz zur Aufhellung dieses faszinierenden Rätsels. Absicht ist, die Gerechtigkeit walten zu lassen und die Erben der Beraubten zu entschädigen - wenn man sie findet. Das ist keine leichte Aufgabe. Unterstaatssekretär Stuart Eizenstat räumte ein, dass die Suche alte Wunden aufreissen könnte. „Andererseits jedoch“, so Eizenstat, „könnte dies auch ein Heilungsprozess sein, der die Länder stärken und uns erlauben könnte, das Ende des Jahrhunderts mit einem hohen Grad von Gerechtigkeit zu erreichen“. Gemäss Wesley Fisher vom Holocaustmuseum könne geraubte Kunst überall auf der Welt zu finden sein. „Es gibt einige Meisterwerke im Pompidou-Zentrum in Paris, es gibt Bilder von Matisse im Seattle Museum of Art. Diese Frage ist nicht nachdrücklich genug untersucht worden. Eine der Fragen ist auch, in welchem Masse die in den USA befindlichen Kunstwerke aus Argentinien gekommen sein könnten“, sagt Fisher.

Die „Comisión de Esclarecimiento de las Actividades del Nazismo en la Argentina“ (CEANA, Kommission zur Klärung der Tätigkeit des Nazismus in Argentinien), die mit dem Thema beschäftigt

ist, sandte eine fünfköpfige Delegation zu der Konferenz in Washington. Darunter waren der CEANA-Vorsitzende Manuel Mora y Araujo und der wissenschaftliche Beirat Ignacio Klich. In Argentinien ist derzeit eine tiefgehende CEANA-Untersuchung darüber im Gange, ob Kunstwerke, die Opfern des Holocaust gehörten, von den Henkern ins Land gebracht wurden. Interessant in diesem Zusammenhang die Kataloge von Kunstversteigerungen der Nachkriegszeit. CEANA-Mitglied Ignacio Klich erklärte dazu gegenüber der Presse, dass die Untersucher der Eizenstat-Kommission in einem kürzlich erschienen Bericht irrtümlich festgestellt hätten, dass kein Kunstraubgut nach Argentinien gelangt sei. Dies, so Klich, beruhe darauf, dass die Kommission nicht über das Material verfügt habe, über das die CEANA verfüge. „Es ist allerdings zum jetzigen Zeitpunkt noch verfrüht, zu sagen, nach Argentinien seien diese oder jene Sachen gelangt“, versicherte Klich.

Im vergangenen Monat hatte die Vereinigung der Kunstmuseen in den USA zum ersten Mal erklärt, der Raub der Kunstwerke durch die Nazis sei beklagenswert. Gleichzeitig führte die Vereinigung eine Reihe von Massnahmen mit dem Ziel ein, die Herkunft von Stücken mit zweifelhaftem Ursprung einwandfrei darzulegen. Die Erben können dann die Rückgabe fordern. Derartige Untersuchungen sind langwierig und kompliziert, doch gibt es verschiedene Quellen, die den Nachweis ermöglichen, welche Kunstwerke den Juden vor ihrem Abtransport in die Konzentrationslager geraubt wurden. Fisher weist etwa darauf hin, dass die Nazis in Wien die Juden Inventarlisten ihres Eigentums unterschreiben liessen. Diese Unterlagen wurden vor ganz kurzer Zeit entdeckt und sind für die Untersucher eine unschätzbare Fundgrube.

Nicht gerade förderlich sind für die Suche die unterschiedlichen Gesetzgebungen der Länder hinsichtlich gestohlener Kunstwerke.

DIE WOCHE IN ARGENTINIEN

Ausländer wählen

Ausländer, die mindestens zwei Jahre in der Provinz Buenos Aires gewohnt haben, können sich in ein Register eintragen lassen, das als Grundlage für die Erstellung von Wahllisten dienen wird. Die Eintragung erlaubt diesem Personenkreis die Teilnahme an den Wahlen im kommenden Jahr. Die Ausländer, die sich registrieren lassen wollen, müssen volljährig sein, des Schreibens und des Lesens in der spanischen Sprache fähig sein und nachweisbar zwei Jahre lang ununterbrochen in einem bonaerenser Distrikt gewohnt haben.

Kongress und Richterrat

Der Kongress beabsichtigt noch in diesem Monat die Wahl der acht Vertreter für den Richterrat - vier Abgeordnete und vier Senatoren - abgeschlossen zu haben. Die verzögerte Bildung des durch die Verfassungsreform von 1994 geschaffenen Rates, mit dem die Justizgewalt mehr Transparenz und politisches Gleichgewicht bekommen soll, liegt auch an den endlosen internen Debatten in allen Frak-

tionen beider Kammern.

Sicherheit in Bariloche

Rund 120 Polizisten sind, aus verschiedenen Orten der Provinz kommend, in Bariloche eingetroffen, um die Sicherheit in der Wintersaison zu verstärken. Die Beamten absolvieren vorerst einen Kurs, der ihnen die Beratung der Touristen erlaubt und erwerben ausserdem Grundkenntnisse in der portugiesischen Sprache. Sie werden vor allem in der Innenstadt von Bariloche eingesetzt und im Wintersportzentrum am Cerro Catedral.

Wiedereingliederung

Ein der Stadtlegislative eingereichtes Projekt sieht Programme zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt für Personen vor, die in der Stadt Buenos Aires der Prostitution nachgehen. Die von den Abgeordneten María Elena Naddeo, Dora Barancos und Gabriela González Gass präsentierte Initiative schlägt die Bildung einer Kommission aus Psychologen, Anwälten, Fachleuten in Menschenrechtsfragen und Sexologen vor, die sich um die Erstel-

lung der Programme und die Betreuung dieses Personenkreises kümmern soll.

Umweltkontrolle

Anfang des kommenden Jahres wird gemäss einem zwischen dem Sekretariat für Stadtplanung von Buenos Aires und dem Transportsekretariat der Nation die Stadtregierung über elf feste Einrichtungen und ein Fahrzeug für die Messung der Luftqualität und die Umweltbelastung durch Lärm verfügen. Dann wird es zum ersten Mal möglich sein, die Kontaminierung der Stadt kartographisch zu erfassen, da bisher ja nur an einem Ort allein Messungen vorgenommen wurden: Las Heras und Ocampo.

Buenos Aires im Internet

Das Historische Institut der Stadt Buenos Aires wird zusammen mit der Stadtregierung alle historischen Archive der Stadt an Internet anschliessen. Das Projekt, genannt „Historisches Netz von Buenos Aires“ (Red Histórico de Buenos Aires), wird ermöglichen, dass jeder Internetbenutzer sich an eine Seite anschliesst und so alle histori-

schen Dokumente der Stadt einsehen kann. Dazu müssen alle erreichbaren Dokumente datenmässig erfasst werden.

Allianz vertagt

Die Veröffentlichung des Dokumentes über die Regierungsabsichten der Allianz im Hinblick auf die Wahlen im kommenden Jahr, das eigentlich am Donnerstag in Tucumán hätte vorgestellt werden sollen, ist verschoben worden. Allerdings soll die Verbreitung des sogenannten „Briefs an die Argentinier“ noch im Laufe dieses Monats erfolgen, wie der Sprecher des Ex-Präsidenten Raúl Alfonsín, Federico Polak, mitteilte.

Reutemann dixit

Senator Carlos Reutemann geht davon aus, dass Präsident Carlos Menem heute mit der grössten Zustimmung innerhalb des Justizialismus für seine Kandidatur im nächsten Jahr rechnen kann. Gleichzeitig aber meint der Ex-Rennfahrer, dass Menem nicht über das Stimmpotential verfüge, um eine Wahl auf Landesebene zu gewinnen. Sich selbst schloss Reutemann aus dem Rennen um die Präsidentschaft aus.

Menems Unterstützung für Militärs

Präsident Carlos Menem hat am Montag abend das Beispiel der Streitkräfte in der „Anpassung an die Änderungen“ und deren „Überwindung von altem Groll und Missbehagen, die sich nie mehr unter Brüdern geben werden“ hervorgehoben. Der Satz wurde als eine Art Unterstützung der Militärs zu einem Zeitpunkt verstanden, in dem einige von ihnen Untersuchungen über sich ergehen lassen müssen.

Im Rahmen des jährlich stattfindenden Kameradschaftssessens der Streitkräfte schickte er eine klare Botschaft an die 300 Offiziere, die daran teilnahmen. „Dies ist die Gelegenheit, ihnen neuerlich in meiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber in aller Öffentlichkeit im Namen des Volkes meine Anerkennung zu versichern“, sagte Menem. Die Veranstaltung fand im Ehrenhof des Colegio Militar in El Palomar statt. Unter den Teilnehmern sah man Verteidigungsminister Jorge Domínguez, den Chef des Gemeinsamen Generalstabes, Generalleutnant Carlos Zabala, Heereschef Martín Balza und Marinechef Carlos Marrón, Präsidialsekretär Alberto Kohan, Innenminister Carlos Corach, Kabinettschef Jorge Rodríguez, Arbeitsminister Ermán González und den Vorsitzenden der Abgeordnetenkommission für Verteidigung, der Radikale Juan Manuel Casella. Menem war der einzige Redner des Abends und unterstrich lobend die Tätigkeit argentinischer Soldaten im Rahmen von Friedensmissionen in aller Welt. Auch hob Menem die Teilnahme der Militärs an Hilfsaktionen bei der Hochwasserkatastrophe hervor.

Randglossen

Vor zehn Jahren, am 10. Juli 1988, gewann der damalige Gouverneur von La Rioja, Carlos Saúl Menem, die Internwahl gegen den angeblich allmächtigen Parteipräsidenten der Justizialisten und Gouverneur von Buenos Aires, Antonio Cafiero. Mehr als 1,6 Millionen Parteimitglieder schritten zu den Urnen. Menem siegte in allen Provinzen, ausser fünf, auch in der Provinz Buenos Aires. Ein Jahr später trat er am 8. Juli 1989, vor neun Jahren, seine erste Amtszeit als am 14. Mai mit 50 Prozent der Stimmen gewählter Präsident vorzeitig an, weil sein Vorgänger Raúl Alfonsín inmitten der chaotischen Hyperinflation ihm das Zepter übergab. Demnächst wird Menem seinen Parteivorgänger General Juan Domingo Perón mit neun Jahren, drei Monaten und neunzehn Tagen als längster Amtsträger in Folge übrunden, um bis zum 10. Dezember 1999 zehn Jahre, fünf Monate und zwei Tage zu regieren, sicherlich ein einmaliger Rekord.

Des Streikens ist entschieden der Lehrer Lust. Gestern haben die Lehrkräfte abermals gestreikt, während sie ihr Zelt vor dem Kongress, wo sie abwechselnd fasten, überall im Lande reproduzieren und demnächst ein Zelt auch vor dem Regierungsgebäude aufstellen wollen. Es geht um das liebe Geld. Die Regierung ist grundsätzlich bereit, die Gehälter anzuheben, allerdings unter der Auflage, dass die im Lehrerstatur verbrieften Privilegien verschwinden, etwa die Hälfte der jährlichen Unterrichtstage fehlen zu dürfen. Die Gewerkschaften weigern sich, das Privileg abzuschaffen, und üben sich mit Streiks, die freilich nichts fruchten. Die zahlreichen Lehrkräfte, die nicht fehlen und sich emsig bemühen, den Kindern die Grundkenntnisse beizubringen, haben das Nachsehen, weil sie besser für ihre Mühewaltung entlohnt werden würden, wenn die lieben Kollegen, die öfters fehlen oder sonst in der Verwaltung tätig sind, anstatt zu lehren, auf die Privilegien verzichten würden.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Vor dem Besuch der Inspektoren

Für kommende Woche ist der Besuch der Inspektoren des Internationalen Währungsfonds angesagt worden. Die Mission der Steuerexpertin Teresa Ter Minassian und des Chilenen Thomas Reichmann war im Verständigungsmemorandum zwischen der Regierung und dem IWF vom vergangenen Februar für den Monat Juli vereinbart worden.

Hauptzweck der Revisoren ist die Kontrolle der Fiskalaufgaben des Verständigungsmemorandums, wie sie auch im Haushaltsgesetz für 1998 enthalten sind. Danach darf der Fehlbetrag im Budget im Jahr 1998 nicht mehr als \$ 3,5 Mrd. betragen. Im ersten Halbjahr müssen ebenfalls die Auflagen eingehalten werden. Das Schatzamt konnte sich dieser Tage mit dem Kassensbudget für Juni brüsten, das für das zweite Quartal und das erste Halbjahr die Einhaltung der Auflagen verbürgte. Das Kassendefizit betrug im Halbjahr \$ 1.839,5 Mio. Genaue Endzahlen liegen noch nicht vor, weil ausser dem Schatzamt die Ausgaben und Einnahmen anderer Staatsstellen (Tabak- und Energiefonds sowie die Kasse

für Familienzulagen) einbezogen werden, die stets später mit einem für jetzt angenommenen Überschuss von \$ 500 Mio. bekannt werden.

Das Schatzamt hat nach einem besonders erfolgreichen Monat Juni mit einem Überschuss von \$ 39,5 Mio. abgeschlossen. Die Einnahmen vermehrten sich um \$ 322,5 Mio. gegenüber Juni 1997 und die Ausgaben um \$ 89,6 Mio. Bei letzteren kommt die Kürzung der Ausgaben zum Vorschein, die vorsichtshalber verfügt wurde, weil die Einkünfte hinter dem Plansoll von 9% mehr als im Vorjahr herhinkten. Ausserdem wurden im Juni die Vorleistungen der Gewinn- und Vermögenssteuern angehoben, die die Einnahmen des Monats verbesserten, aber Anfang 1999 zu Mindereinkünften führen werden. Ausserdem werden etwa \$ 200 Mio. Kraftstoffsteuern, die nicht im Januar 1998 eingingen, weil sie im Dezember 1997 kassiert worden waren, auch einberechnet, obwohl sie erst Ende 1998 anfallen. All das nennt sich kreative Buchführung.

Jedenfalls kann die

Wirtschaftsführung der IWF-Delegation eine Finanzrechnung vorlegen, die sich im Rahmen der Abmachungen hält, was sicherlich eine finanzielle Leistung ist, die honoriert werden wird. Hinzu kommt, dass der Fehlbetrag nicht überschritten wurde und dass die Gesamtausgaben nicht ausgeufert sind. Der Fonds schaut stets sowohl auf Defizite als auch auf Ausgaben. Das mag unter anderem erklären, weshalb Präsident Menem vor wenigen Wochen verfügt hat, das Jahresbudget um rund \$ 1,0 Mrd. zu kürzen, von denen angenommene \$ 600 Mio. auf das erste Halbjahr entfallen sind.

Die Finanzierung des Finanzbedarfs für 1998 läuft zudem programmgemäss im voraus. Das Schatzamt muss rund \$ 13,0 Mrd. aufbringen, von denen laut einem Kommuniqué vom 7. Juli bereits \$ 9,0 Mrd. eingegangen sind. Die letzten Bonds Ausgaben auf internationalen Kapitalmärkten mussten zu kürzeren Laufzeiten und höheren Länderisikoprämien ausgegeben werden als vor der asiatischen Krise. Nun hat die Finanzführung einige Wochen Zeit, um den Rest von \$ 4,0 Mrd. zu planen, die bis Ende 1998 eingehen müssen, damit die Finanzrechnung mit

Tilgungen und Verzinsungen der Staatsschulden aufgeht. Immerhin wurde ihr von der namhaften Londoner Zeitschrift „The Economist“ bescheinigt, dass sie die beste Finanzführung aller sogenannten „emerging markets“ in Sachen Refinanzierungen ihrer Staatsschulden ausweist.

Die gesamten Staatsschulden wurden dieser Tage von der Revisorenstelle („Auditoría General de la Nación“) auf \$ 100,7 Mrd. per Ende 1997 gegen \$ 97,1 Mrd. Ende 1996 ermittelt. Die Zunahme von \$ 3,6 Mrd. beträgt 3,78% und signalisiert die Schwachstelle der argentinischen Staatsfinanzen, zumal \$ 64,5 Mrd. Staatstitel in ausländischen Währungen, zumeist US-Dollar, und nur \$ 9,5 Mrd. Titel in Pesos nominiert sind. Alle anderen Staatsschulden gegenüber der Weltbank mit \$ 5,4 Mrd., dem Internationalen Währungsfonds mit \$ 5,9 Mrd., der Interamerikanischen Entwicklungsbank mit 5,0 Mrd., dem Pariser Klub mit \$ 5,1 Mrd., bilateralen Gläubigern mit \$ 3,3 Mrd. und Handelsgläubigern mit \$ 1,6 Mrd. sind ebenfalls Devisenschulden. Der Anteil der Pesos-Schulden beträgt nur

9,4%, allerdings um \$ 1,4 Mrd. mehr als im Vorjahr.

Obwohl die Schuldenquote in Bezug auf ein angenommenes Bruttoinlandsprodukt von \$ 350 Mrd. sich mit 28% im weltweiten Vergleich relativ gering ausnimmt, ist die gesamte Staatsverschuldung Argentiniens mit Provinzen und Gemeinden bei etwa \$ 115 Mrd. höher und die gesamte Auslandsverschuldung mit privaten Schulden, wie sie Moody's mit \$ 138 Mrd. ermittelt, schon verhältnismässig hoch. Der Vergleich gilt diesbezüglich nicht mit dem BIP, sondern mit den Erlösen aus Exporten von Waren und Dienstleistungen sowie anderen Einnahmen der Ertragsbilanz, die diese Schulden bedienen. Ebenso wie diese Bezugsgrösse für Argentinien negativ ausfällt und Sorgen über die langfristige Solvenz des Landes entstehen lässt, ist der nationale Kapitalmarkt immer noch zu schwach, um Fälligkeiten und Zinsen der Staatsschulden zu verkraften. Italien und Belgien, deren Staatsschulden weit über ihrem BIP liegen, refinanzieren sich zu Hause.

Aus diesen Überlegungen muss sich die Finanzpolitik als oberste Zielsetzung die Abschaffung des Defizits sowie allenfalls die Tilgung der Schulden mit Veräusserungen von Staatsvermögen setzen, damit die Staatsschulden nicht weiter zunehmen, sondern zurückgehen. Kein anderer Indikator als dieser verbessert die Solvenz des Landes und die Benotung durch die Rating-Agenturen mehr, die argentinische Schuld titel nach wie vor als riskant einstufen und nicht für Anlagen empfehlen. Deshalb muss das Schatzamt relativ hohe Länderrisikoprämien bezahlen, die die Kreditkosten verteuern. Gleiches färbt auf andere Staatsschuldner sowie auf private Unternehmen ab, die sich im Ausland verschulden. Den Inspektoren des IWF entgehen solche Überlegungen nicht, da sie genau wie die Rating-Agenturen die Solvenz des Schatzamtes beurteilen und sich mit ihren Abmachungen sowie Inspektionen bemühen, diese Solvenz langfristig abzusichern.

Immerhin kann die Wirtschaftsführung jetzt mit günstigeren Indikatoren als anlässlich der letzten IWF-Revi-

sion im vergangenen März auftrumpfen. Die Währungsreserven der Zentralbank haben unlängst erstmals die Marke von 23 Mrd. Dollar überrundet, mehr als doppelt so viel als im Tiefpunkt der Tequila-Krise vor nur drei Jahren. Die Gesamtdepositen wachsen ununterbrochen und betragen bereits mehr als \$ 75 Mrd., auch doppelt so viel wie zur Zeit der Tequila-Krise. Die Geldmarktfonds wachsen ebenfalls ohne Pause und betragen bereits mehr als \$ 6,0 Mrd., ebenso wie die Rentenkassen (AFJP) mehr als \$ 10 Mrd. verwalten, beide nur wenige Jahre alt. Die Aktienbörse hat sich neuerdings von der aus Asien importierten Baisse erholt. Der Merval-Index hat wieder mehr als 600 erreicht, allerdings immer noch rund 30%

Konjunkturberuhigung im KFZ-Bereich

Der Verkauf von Automobilen, Kleinlastern, Lastwagen und Chassis für Omnibusse lag im Juni mit 41.895 Einheiten um 16% über dem gleichen Vorjahresmonat, jedoch um 4,6% unter Mai. Im 1. Halbjahr lag der Umsatz um 25,1% über dem Vorjahr. Die Konjunktur, die für die Branche 1997 und in den ersten Monaten 1998 sehr günstig war, mit zunehmenden Umsätzen, scheint sich jetzt abgeflacht zu haben, wobei der Inlandsverkauf sich jedoch weiterhin auf einem hohen Stand hält. Auf alle Fälle hat FIAT schon die Arbeiter während der ganzen letzten Woche suspendiert, bei Zahlung von 75% des Lohnes. Auch andere Firmen der Branche drücken leicht auf die Bremse.

Die Produktion lag im Juni mit 45.532 Einheiten um 19,9% über Juni 1997 und auch 9,6% über Mai 1998. Im 1. Halbjahr lag die Produktion somit um 20% über dem Vorjahr. Der Umstand, dass die Produktion stärker als der Umsatz stieg und in absoluten Zahlen höher war, ist darauf zurückzuführen, dass im 1. Halbjahr 1998 mehr Einheiten exportiert als importiert wurden, weil Argentinien beim kompensierten Austausch mit Brasilien noch ein Überschussaldo hatte. Der Export lag in dieser Periode um 52,9% über dem Vorjahr. Im Juni jedoch wurden 20.038 Einheiten exportiert und 22.371 KFZ importiert, so dass der Saldo negativ war, was seit längerer Zeit nicht der Fall war. Gesamt-

weniger als zum Beginn der Hong-konger Krise von Ende Oktober 1997. Die Investitionen in Anlagen und Unternehmen nehmen laufend zu, worüber Industriesekretär Alieto Guadagni stets berichtet, welche neue Investitionen angekündigt und welche Betriebe eingeweiht werden. Die Rekordernte von 65,4 Mio. t nach der letzten Schätzung beflügelt die Exporte, wogegen die Importe längst nicht mehr so kräftig zulegen wie 1997. Neue Hypothekarkredite finanzieren die expansive Bauindustrie, so dass die Wirtschaft gesamthaft mit Investitionen, Ernte und Bauten weiter kräftig wächst, allerdings weniger als in den zwei Jahren seit dem Ende der Tequila-Rezession vom zweiten Quartal 1996 bis zum ersten Quartal 1998.

haft gesehen hat der Import einen Anteil von fast 50% am internen Umsatz und der Export ebenfalls einen von dieser Gröszenordnung an der Produktion.

Der kompensierte Austausch funktioniert bei fertigen KFZ gut, in Sinne, dass er einigermassen ausgeglichen ist. Auch wenn diese Regel von eins zu eins, ab 1.1.2000 entfällt, kann man damit rechnen, dass das Gleichgewicht einigermassen erhalten bleibt, da die Fabriken in Argentinien und in Brasilien sich auf bestimmte Modelle spezialisiert haben. Bei Zubehörteilen hingegen würde die Abschaffung des kompensierten Austausches, der schon jetzt kein Gleichgewicht hat (obwohl er es haben sollte), zu einer starken Erhöhung der brasilianischen Exporte führen. Daher der argentinische Standpunkt bei den Verhandlungen, dass der Anteil von etwa 50% am fertigen KFZ mit lokal erzeugten Tei-

len nicht als Mercosur-Fabrikation verstanden wird, wie es Brasilien will und wie es Wort und Geist des Mercosur-Abkommens entspricht, sondern auf jedes Land bezogen wird. Ein wirklich schwieriger Konfliktfall! Der andere grosse Konflikt besteht mit der Stahlindustrie, die einen Schutzzoll von 80% des Zolles fordert, der für die fertigen KFZ gilt, wogegen diese Industrie einen besonders niedrigen Zollsatz für Stahlbleche und andere Stahlprodukte mit geringem Verarbeitungsgrad fordert, mit dem Argument, dass es sich hier um „commodities“ handelt, für die Weltmarktpreise gelten sollen.

Dennoch zahlt die KFZ-Industrie nach eigenen Angaben schon jetzt einen Preis für Bleche, der etwa 40% über dem der EU liegt, was auf eine Kartellierung dieser Industrie im Mercosur zurückgeführt wird.

Auch wenn die interne Konjunktur leicht abflaut, ist mit einem hohen Umsatz zu rechnen, weil der Bestand an Fahrzeugen zu einem grossen Teil überaltert ist, so dass viele Einheiten verschrottet werden. Das ist eine Folge des Kredites, der jetzt allgemein verfügbar ist, zu zunehmend günstigeren Bedingungen, was dann auch die Spar- und Leihpläne ausbootet, die in einem Land mit einem einigermassen funktionierenden Kreditsystem keinen Sinn haben. Warum soll jemand lange sparen und auf das neue Automobil warten, wenn er sofort einen Kredit erhält, der sogar bei der Gesamtrechnung billiger zu stehen kommt? Dabei werden jetzt auch Gebrauchtwagen mit Finanzierung verkauft, wobei es gelegentlich sogar billiger ist, die monatliche Rate zu zahlen als die Reparaturkosten eines sehr alten Modells.

Gesamtproduktion Die 10 Meistverkauften Januar - Juli 1998

Marke	Einheiten	Modell	Einheiten
Ford	46.671	VW Gol	16.230
Fiat	42.930	Fiat Palio	15.188
Renault	38.941	Renault 19	11.121
VW	38.249	GM Corsa	10.686
GM	14.173	Ford Escort	10.182
Peugeot	13.467	VW Polo	9.680
Mercedes-Benz	9.898	Renault Mégane	9.198
Toyota	9.839	Renault Clío	9.099
Chrysler	3.193	Fiat Siena	8.587
Andere	1.502	Fiat Uno	7.559

Quelle Adefa

Der Konflikt mit dem Wasserversorgungsunternehmen von Tucumán

Unter der Regierung von Ramón „Palito“ Ortega als Gouverneur von Tucumán (1991-1995) wurde die von der Provinz in eigener Regie verwaltete Versorgung mit Trinkwasser und das Abwassersystem („Obras Sanitarias de Tucumán“) privatisiert. Ortega folgte hier dem Beispiel der Nation, mit Aguas Argentinas, sowie der Provinz Corrientes, die diese Privatisierung schon vorher durchgeführt hatte. Danach kamen andere Provinzen, wie unlängst Córdoba, Salta und Mendoza. Bei der Wasserversorgung und den Kloakensystemen lag es im ganzen Land im argen. Es waren hohe Investitionen notwendig, um die Netze instandzusetzen und zu erweitern, aber auch für neue Technologie. Ebenfalls bestanden Verwaltungsprobleme, darunter an erster Stelle das schlechte Inkasso der staatlichen Organe. Die Privatisierung war die einzig mögliche Lösung für diese Probleme. Der Fall von „Obras Sanitarias de la Nación“, jetzt „Aguas Argentinas S.A.“ (das der französischen „Lyonnaise des Eaux“ und der Soldati-Gruppe gehört), zuständig für die Bundeshauptstadt und Umgebung, zeigt sehr deutlich worum es geht. Die Wasserqualität wurde erheblich verbessert, die drohende Gefahr, dass grosse Teile des versorgten Gebietes ohne Wasser blieben, besteht nicht mehr, das Netz wurde stark erweitert und das Schatzamt muss kein Geld mehr zuschiesse, für Defizite und Investitionen. Alles, bei sehr hohen Investitionen, Einsatz neuer Technologie und gutem Management.

Bei der Privatisierung des Wasserdienstes von Tucumán gewann die französische „Compagnie Generale des Eaux“ die Ausschreibung und bildete das Unternehmen „Aguas del Aconquija S.A.“. Nach kurzer Zeit gab es Schwierigkeiten mit dem Inkasso der Rechnungen für den Dienst in ärmeren Gegenden, wobei das Unternehmen die Tarife sofort erhöhte, weil sie absurd niedrig waren. Das war im Konzessionsvertrag vorgesehen. Als dann Divisionsgeneral (i.R.) Antonio Domingo Bussi 1995 als Gouverneur antrat, versuchte er, diese Privatisierung zu retten, indem er einen neuen Vertrag

aushandelte, der sich der Realität anpasste und eine Tarifierhöhung von 100% vorsah, wobei sich das Unternehmen zu Investitionen von US\$ 360 Mio. verpflichtete. Aber das Provinzparlament, in dem die Partei des Gouverneurs („Fuerza Republicana“) keine absolute Mehrheit hat, führte dann etwa 70 Änderungen ein, mit denen das Unternehmen nicht einverstanden war, so dass es auf der Erfüllung des ursprünglichen Vertrages bestand, besonders in der Tarifierhöhung, die das Parlament nicht zugelassen hatte.

Da die Provinzregierung nicht einwilligte, trat die Firma am 27.8.97 vom Vertrag zurück, wobei sie der Regierung mitteilte, dass sie den Dienst binnen 90 Tagen aufgeben würde. Daraufhin hat Gouverneur Bussi seinerseits auch den Vertrag aufgehoben, dabei jedoch verfügt, dass das Unternehmen den Dienst für weitere 18 Monate leisten müsse. Aguas del Aconquija machte somit weiter, mit einem monatlichen Verlust von \$ 2,8 Mio. Daraufhin wandte sich das Unternehmen an das Internationale Zentrum für Schlichtungen in Washington, unter Berufung auf den mit Frankreich unterzeichneten Vertrag zum gegenseitigen Schutz von Investitionen. Die französische Firma forderte dabei eine Entschädigung von US\$ 100 Mio. Ursprünglich war von US\$ 500 Mio. die Rede; aber offensichtlich hat die Firma die Forderung auf den effektiven Schaden beschränkt, also den entgangenen Gewinn während der Konzessionsdauer nicht berechnet. Das macht den Fall juristisch einfacher.

Nun hat das Schlichtungsgericht der Firma im ersten Punkt recht gegeben, indem es sich für den Fall als zuständig erklärte, entgegen der Stellung der argentinischen Regierung, die die Zuständigkeit der argentinischen Justiz forderte. Über die Klage selber hat sich dieses Gericht noch nicht ausgesprochen; aber man kann annehmen, dass es der Firma im Prinzip recht geben wird, wobei dabei jedoch der Betrag des effektiven Schadens genau nachgewiesen werden muss. Ob es dann US\$ 100 Mio. sind, oder etwas weniger oder eventuell mehr, ist eine zweite

Frage. Das Gericht hat der Firma eine Frist von 90 Tagen gewährt, damit sie die Unterlagen vorlegt, was die Firma wohl sofort tun wird.

Für Argentinien geht die Bedeutung dieses Konfliktes weit über den konkreten Fall hinaus. Einmal wird es schwieriger sein, Interessenten für die noch fehlenden Privatisierungen auf diesem Gebiet zu finden. Man muss hier auch berücksichtigen, dass ein ungelöster Konflikt bei „Aguas Argentinas S.A.“ besteht. In diesem Fall zahlten die Inhaber von Wohnungen in ärmeren Gegenden von Gross-Buenos Aires den Tarif für den Anschluss nicht. Somit wurde schliesslich verfügt, dass der allgemeine Tarif erhöht wurde, um den Betrag aufzubringen. Das kam jedoch im Kongress nicht durch, so dass das Unternehmen jetzt die Investitionen drastisch gekürzt hat und die Bewohner von „La Matanza“ u.a. Bezirken, in denen die meisten kein Leitungswasser erhalten, weiterhin keines haben werden.

Gouverneur Duhalde hat schon vor geraumer Zeit die Privatisierung des provinziellen Wasser- und Abwasserunternehmens (OSBA) angekündigt, sie konkret jedoch nicht weitergeführt. Duhalde hat in diesen Dingen bei weitem nicht den Schwung und die Entscheidungskraft Menems. Mögliche Interessenten dürften jetzt mehr Garantien fordern und auf alle Fälle ihre Rechnung mit einer höheren Rentabilität machen.

Es wäre wichtig, wenn der Fall von „Aguas del Aconquija“ so bald wie möglich gelöst wird. Ebenfalls wäre es in argentinischem Interesse paradoxerweise günstig, wenn die argentinische Regierung den Fall verliert und dabei dann sofort zahlt. Das wäre ein klares Signal an die Unternehmen, die in öffentlichen Diensten im allgemeinen investieren. Eine Lehre aus diesem Fall ist auch die, dass es wohl besser ist, eine Investitionsversicherung bei der Weltbanktochter MIGA („Multilateral Investment Guarantee Agreement“) einzugehen, was die Compagnie Generale des Eaux nicht getan hat.

Denn dann hätte diese Agentur zunächst gezahlt und hätte dann die Forderung an die argentinische Regierung gestellt, wobei eine Weltbanktochter eine stärkere Verhandlungsposition hat.

Der Fall wurde von der Provinzregierung auf die Nationalregierung übertragen, wo sich die Staatssekretärin für Umwelt und natürliche Ressourcen, María Julia Alsogaray, darum kümmert. Diese Beamtin hat schon versucht, den Fall friedlich zu lösen, stiess dabei jedoch auf den unerbittlichen Widerstand des Provinzparlamentes von Tucumán, das dabei nicht nur demagogisch handelt, sondern dem Gouverneur Bussi Schwierigkeiten machen will. Bussi will eine neue internationale Ausschreibung durchführen. Dafür muss der erwähnte Konflikt jedoch vorher befriedigend gelöst werden. Inzwischen verwaltet der Nationalstaat den Dienst in Tucumán, über das nationale Organ für Wasserprobleme (Enhosa). Die Mittel hierfür sollen von der Nationalregierung vorgeschossen werden und dann bei der Privatisierung vom Konzessionär gezahlt werden. Die Regierung von Tucumán wirtschaftet schon jetzt mit Defizit, so dass sie nicht in der Lage ist, das Defizit der Wasserversorgung zu übernehmen. Dennoch: hier sollte man die These des „moral hazard“ anwenden, die darin besteht, dass derjenige, der eine falsche Entscheidung trifft, auch die Verantwortung übernimmt und den Schaden trägt. Nur wenn die Provinz Tucumán selber die Kosten für die unvernünftige Behandlung dieses Falles trägt und die Provinz (oder Teile derselben) eventuell ohne Leitungswasser bleiben, oder Versorgungsschwierigkeiten haben, dürften die Provinzabgeordneten lernen, dass billige Demagogie nicht unbestraft bleibt. Vielleicht würden sie dann etwas lernen. Wenn hingegen die Nationalregierung die Kosten trägt, dann ist ihnen das ganze Problem ziemlich gleichgültig, wobei sie eventuell sogar die Nationalregierung und Frau Alsogaray im besonderen für Mängel des Dienstes verantwortlich machen können.

Banco Provincia im Wohnungsgeschäft

Als Rodolfo Frigeri im Jahr 1991 die Leitung der Banco de la Provincia de Buenos Aires (BAPRO) übernahm, war die Bank praktisch pleite. Unter der radikalen Regierung (Alfonsín als Präsident und Armendariz als Gouverneur), als Aldo Ferrer Präsident war, ging es stark bergab mit der Bank. Damals wurden u.a. Titel für Wohnungsfinanzierungen geschaffen, bei denen der Schuldner einen wesentlich niedrigeren Zinssatz bezahlte, als die Bank dem Sparer zahlte. Ein absurdes Geschäft! Als 1987 Cafiero als Gouverneur antrat, ernannte er Eduardo Amadeo zum Präsidenten, der jedoch die schwerkranke Bank nicht retten konnte, um so mehr als er zwei Hyperinflationen überstehen musste. Erst danach, als Duhalde 1991 als Gouverneur antrat und Frigeri den Vorsitz der BAPRO übernahm, wurde die Bank saniert, was selbstverständlich nur möglich war, weil gleichzeitig stabilisiert wurde, das BIP kräftig zunahm und sich der Kapital- und Kreditmarkt stark ausweitete.

Frigeri leitete eine expansive Politik ein, nicht nur bei der Bank selber, sondern durch Schaffung mehrerer Unternehmen, die er in Gemeinschaft mit privaten Partnern gründete. Das wichtigste ist die Rentenversicherung (AFJP) Origenes. Frigeri trat letztes Jahr als Präsident des Direktoriums zurück, und wurde dann als Deputierter des PJ gewählt. Dennoch hält er den Vorsitz des BAPRO-Konzerns, der die verschiedenen Gesellschaften umfasst. Als Nachfolger in der Bank wurde Carlos Sánchez ernannt, ehemaliger Vizeminister unter Cavallo und danach für kurze Zeit Direktor des Steueramtes. Sanchez ist ein besonnener Mann und ein sorgfältiger Verwalter.

Die BAPRO hat jetzt eine neue Initiative ergriffen, die besonders bedeutsam erscheint. Die Bank hat über ihre neue Tochtergesellschaft „Nuevos Desarrollos“ (bei der auch die französische Compagnie General des Eaux Partner ist) 100 Hektar Land für \$ 10 Mio. im Vorort Florencio Varela von der Firma Alpagatas gekauft, die dort ihre Hauptfabrik hat und jene anrai-

nende Fläche nicht braucht. Dort soll ein Wohnviertel geschaffen werden, wobei die Bank dann die Wohnungen mit Hypothekarkrediten finanziert. Dabei steigt der Bodenwert gewaltig von den jetzt gezahlten \$ 10 pro qm. auf mindestens \$ 30, so dass mit einem Gewinn von mindestens \$ 20 pro qm gerechnet wird. Hinzu kommt der Gewinn beim Bauprojekt selber.

Es handelt sich um etwas, was in den USA üblich ist und dort „development“ heisst, was dem lokalen Namen des Unternehmens entspricht. Statt einfach ein Terrain zu verkaufen, wie es in Argentinien üblich war (wobei es dann Probleme mit den öffentlichen Diensten gab), wird hier ein Paket verkauft, das das Grundstück und einen Wohnungskredit enthält, wobei Auflagen in Bezug auf die Art der Wohnung bestehen. Denn der Käufer muss sicher sein, dass seine Nachbarn auch anständige Wohnungen errichten werden und nicht Holzhütten oder dgl. Das Projekt zielt auf den typischen Mittelstand ab.

Ähnliche Projekte werden privat allgemein entwickelt, als sogenannte geschlossene Viertel („barrios cerrados“), vornehmlich entlang der Nordausfahrtstrasse. Offensichtlich besteht Nachfrage für Wohnungen dieser Art, so dass auch die BAPRO in dieses Geschäft einsteigt. Da diese Bank über bedeutende Mittel verfügt, kann man erwarten, dass dem ersten Projekt bald andere folgen werden.

Alberto Kohans Unbehagen

Präsidialgeneralsekretär Alberto Kohan feuerte zu Wochenbeginn Breitseiten gegen die Presse und gegen den Ex-Wirtschaftsminister Domingo Cavallo ab, nachdem Medien und Ex-Minister seine angebliche Beteiligung an der Skandalaffäre IBM-Nationalbank verbreitet hatten. In Erklärungen gegenüber Radio América sagte Kohan, „das bedauerlichste ist, dass manchmal die Ehre des einen Spielball einiger Hunde ist“. Im gleichen Atemzug griff Kohan gewisse Abgeordnete an, „die ihre Immunität dazu benützen“ würden, „um zu lügen“, und jene, „die über Medien verfügen, die Unwahrheiten schreiben“. Kohan beantwortete derart Beschuldigungen, denzufolge er in den Skandal verwickelt sei, in dessen Rahmen mehrere Beamte der Regierung von Carlos Menem Bestechungsgelder kassiert haben sollen, um einen 250 Millionen-Dollar-Vertrag abzuschließen. Die Sekretärin von Alfredo Aldaco, eines der Beklagten, hatte in direkter Form Kohan in den Fall verwickelt. Dieser sei in der fraglichen Zeit zwischen 1993 und 1994 mehrmals im Büro ihres Chefs gewesen, sagte die Angestellte. Kohan hatte bereits in der vergangenen Woche Schwierigkeiten gehabt, als er im Parlament in Frage gestellt wurde, wenn auch die Regierungspartei ihm am Ende den Rücken stärken konnte. Dabei war es um die Forderung der Allianz gegangen, den Grund zu nennen, warum die argentinische Justiz nicht Kohan und andere Beamte im Skandal IBM-Nationalbank vernehme, wie dies die US-Justiz verlangt habe. Der Justizialismus hatte bei dieser Gelegenheit abrupt die Sitzung beendet, um eine Debatte zu vermeiden. Kohan seinerseits drohte, er wolle die Politik aufgeben, wenn der interne Kampf den Ruf seiner Familie beeinträchtige. Die Handhabung der Nachricht, versicherte Kohan, verursache nicht selten tiefgehenden Ekel.

Handelsaustausch mit anderen Wirtschaftsräumen in den ersten 5 Monaten '98

(In Mio. Dollar)

Gebiet	Ausfuhren	Einfuhren	Saldo
Mercosur	3.376	3.256	120
NAFTA	1.135	3.085	-1.950
E.U.	1.933	3.488	-1.555
ASEAN	179	263	-84
Chile	722	290	432
China	281	415	-134
Südkorea	69	248	-179
Japan	277	664	-387
Andere	2.851	1.192	1.659
Insgesamt	10.823	12.901	-2.078

Entwicklung der Währungsreserven der Zentralbank

(in Milliarden Pesos)

	4.5.98	11.5.98	1.6.98	5.6.98	12.6.98	22.6.98	29.6.98	6.7.98
Gold, Devisen u. Anlagen	21,70	22,22	22,74	22,74	22,61	22,74	23,00	23,40
Staatspapiere	1,85	1,85	1,85	1,86	1,82	1,66	1,71	1,72
Internat. Reserven ZB	23,55	24,07	24,59	24,60	24,43	24,40	24,71	25,12
Liquiditäts-Rückstellungen (Com. A. 2350)	8,72	8,73	7,98	8,64	9,04	8,78	7,75	8,95
Währungsreserven des Finanzsystems	32,27	32,78	32,57	33,24	33,47	33,18	32,46	34,07
Notenumlauf	14,92	15,30	14,89	15,42	15,20	14,78	14,86	15,98
Bankdep. in Dollar bei ZB	0,04	0,09	0,02	0,02	0,03	0,04	0,01	0,04
Monetäre Passiven	14,96	15,39	14,91	15,44	15,23	14,82	14,87	16,02
Nettosaldo Swaps	6,57	6,62	7,78	7,23	7,30	7,64	7,86	7,05
Depositen der Regierung	0,49	0,63	0,54	0,66	0,65	0,32	0,24	0,91
Finanzpassiven	21,53	22,01	22,69	22,68	22,52	22,47	22,73	23,07

Quelle: Zentralbank

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Zinssätze für Fristdepositen in Pesos und Dollar, in privaten und offiziellen Banken, blieben in der Berichtswoche unverändert.

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Mittwoch um 6,5% auf 616,71, der Burcapindex um 4,3% auf 936,78 und der Börsenindex um 3,2% auf 21.079,04.

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 10,4% auf \$ 1,1470

Die ZB hat geringere Referenzzinssätze für die Depositionsgarantien bestimmt. Für Fristdepositen in Pesos bis auf 59 Tage wurden gegen bisher 9,1% Jahreszinsen 8,73% festgelegt, um noch Depositenschutz zu genießen. Für mehr als 2 Monate beträgt der Höchstsatz nun 8,22%. Für Fristdepositen in Dollar wurde der Referenzzinssatz bis auf 59 Tage von 8% auf 7,9% verringert, für längere Fristen auf 8,01%. Die Depositengarantie deckt bis auf 90 Tage bis zu 10.000 Pesos oder Dollar, darüber hinaus bis 20.000.

Die US-Investmentbank Jeffries Group hat sich mit einer inländischen Gruppe zusammengeschlossen, um durch Beteiligungen an Nationalsteuern garantierte Schulden argentinischer Provinzen zu finanzieren. Die Laufzeiten werden bis zu 20 Jahren festgelegt. Die Gruppe steigt in das Geschäft mit vorerst US\$ 500 Mio. ein und verhandelt bereits mit 2 Nordprovinzen.

A. Maza, Gouverneur von La Rioja hat in Buenos Aires mit den Politikern De la Rúa, Fernández Meijide und „Chacho“ Alvarez verhandelt um zu erreichen, dass die Bank der Stadt Buenos Aires das Exekutionsverfahren gegen die Gerberei der Yomagruppe zurücknimmt. Über die Kapitalisierung der Schuld, durch die 1.200 Arbeitsplätze gerettet werden sollen, habe er bereits mit Gewerkschaftern, Abgeordneten und Senatoren verhandelt.

Die zur spanischen Repsol gehörende Astra hat von Pluspetrol für US\$ 38,6 Mio. die Kontrollpakete der Flaschengas-Verteilungsunternehmen Algas und Poligas Luján erworben. Ausserdem verdoppelte sie für US\$ 14,2 Mio. ihre Beteiligung an Refinor von 10,5% auf 21%. Refinor betreibt die Raffinerie im Erdölgebiet Campo Durán, Salta, besitzt 43 Zapfstellen und gehört neben Astra auch YPF SA, Pérez Companc und Pluspetrol.

Mehr als 6.000 Immobilien der

Stadt Buenos Aires (Grundstücke, Lagerräume, Wohnungen und Geschäftslokale), sollen von der Stadtregierung privatisiert werden. Damit soll ein Besitztum nutzbar gemacht werden, das derzeit praktisch keine Einnahmen bringt. Für die Ausarbeitung der rechtlichen Grundlagen beraten Regierungsvertreter mit dem Verband der Unternehmer, die im Bau und Verkauf von Hypothekarwohnungen tätig sind.

Wie das Arbeitsministerium berichtet, nahm die Beschäftigung in der Bundeshauptstadt und Umgebung in den letzten 12 Monaten zum Mai um 3,2% zu. Dies stellt eine leichte Abnahme des Zunahmerythmus gegenüber den vorangehenden 12 Monaten dar. Im Mai lag die Zahl der gearbeiteten Stunden bei 228, was 7% mehr als im Mai des Vorjahres darstellt. Laut Arbeitsministerium waren im 1. Quartal 1998 13% der Arbeitnehmer im Rahmen von zeitlich begrenzten Arbeitsverträgen oder innerhalb der Probezeit angetellt.

Carlos Silvani, Direktor des Amtes für öffentliche Einnahmen (AFIP), gab bekannt, dass eine bestimmte Zahl bekannter Fussballspieler im Jahr 1996 insgesamt \$ 2,5 Mio. an Gewinnsteuer gezahlt hatten, während es für 1997 \$ 8,5 Mio. waren. Silvani liess durchblicken, dass dies auf eine sorgfältige Kontrolle zurückzuführen sei, dass also der früher angegebene Betrag falsch gewesen sei.

Die Firma Pharma Star, die als Grossist beim Medikamentenvertrieb tätig ist und von Bagó, Roemmers, Gador, Casaco (lokale Firmen) und Novartis und Bayer (ausländisch) gebildet wurde, hat einen Marktanteil von rund 30% erobert. Etwa 18% entfällt auf Drogueria del Sud, 15% auf Drogueria Monroe und 37% auf Genossenschaften u.a.

Industriesekretär Guadagni erklärte, dass 1998/2000 der Jahresdurchschnitt der Investitionen in Investitionsvorhaben US\$ 13 Mrd. betragen würde. Das seien um 24% mehr als 1997 und viermal soviel wie der Jahresdurchschnitt 1990/96.

Die Schweizerische Holderbank, die 1993 vorerst 13% des Zementunternehmens Corcemar erworben hatte, gab bekannt, dass sie nun die Kontrollmehrheit übernommen hat. Polpaico, eine chilenische Tochter der Holderbank, erwarb 20% der Corcemar-Aktien, womit die Schweizer nun 52% besitzen, für die sie insgesamt US\$

Argentinischer Aussenhandel

	Ausfuhren		Einfuhren		Saldo	
1997						
April	2.417	(2.013)	2.528	(1.813)	-111	(200)
Mai	2.533	(2.386)	2.543	(1.916)	-10	(471)
5 Mon. '97	10.724	(10.482)	11.562	(10.926)	-838	(-444)
Juni	2.255	(2.206)	2.444	(1.996)	-189	(210)
Juli	2.323	(2.225)	2.730	(2.291)	-407	(-66)
August	2.319	(2.270)	2.677	(2.308)	-358	(-38)
September	2.261	(1.943)	2.758	(1.981)	-497	(-38)
Oktober	2.352	(2.074)	2.827	(2.294)	-475	(-220)
November	1.993	(1.918)	2.790	(2.099)	-797	(-181)
Dezember	1.990	(2.037)	2.589	(2.078)	-599	(-41)
Total 1997	26.217	(23.811)	30.377	(23.762)	-4.160	(49)
1998						
Januar	1.783	(1.879)	2.556	(2.333)	-773	(-436)
Februar	1.860	(1.883)	2.282	(2.026)	-422	(-143)
März	2.215	(1.994)	2.695	(2.132)	-480	(-138)
April	2.510	(2.417)	2.773	(2.528)	-263	(-111)
Mai	2.454	(2.533)	2.595	(2.543)	-141	(-10)
5 Mon. '98	10.822	(10.724)	12.901	(11.562)	-2.079	(-838)

Quelle: Indec

110 Mio. investiert haben. Sie sind weltweit der grösste Hersteller von Zement und vorgemischtem Beton und prüfen auch die Übernahme des Corcemar-Konkurrenten J. Minetti. Corcemar ist eine der bedeutendsten Zementfabriken des Landes und gab im Vormonat die Absicht bekannt, der marktersten Loma Negra durch die Errichtung eines neuen Werkes in Paraná, mit US\$ 50 Mio. Investition, den Rang streitig zu machen. Mit einer Zementmühle aus Dänemark will Corcemar seine derzeitige Produktion von 1,7 Mio. Jato um 60% erhöhen. Der Standort Paraná wurde wegen der billigen Wasserfrachten zu den wichtigsten Verbrauchszentren gewählt, da die 3 Corcemar-Fabriken in Córdoba und Mendoza durch Transportkosten Konkurrenz Nachteile in Kauf nehmen mussten.

Die Provinzregierung von Buenos Aires ist die erste Lateinamerikas, die Bonds in Euro auflegt. Für 100 Mio. Euro (US\$ 110 Mio.) sollen Bauvorhaben der Provinz finanziert werden, wie J. Sarghini, Wirtschaftsminister der Provinz, bekanntgab. Die Laufzeit werde 4 Jahre, der Zinssatz 7,875% betragen. Unterbringer ist die Chase Manhattan Bank.

Seit Einführung der neuen Möglichkeit ab 26. Mai, vom Sozialwerk der eigenen Gewerkschaft auf ein anderes überzugehen, haben 14.772 Arbeitnehmer von ihr Gebrauch gemacht. In den erste 3 Maiwochen wechselten 43.518, was insgesamt 58.290 ausmacht. Die bevorzugten Sozialwerke waren das der Versicherungsbeamten mit 2.618 Zugängen, vor dem der Zollabfertiger mit 1.215, Osba 1.173, Zivilpersonal 916, Osplad (Dozenten) 662, Kontrollpersonal 654, Luftfahrtpersonal 577, Sport-Schiedsrichter 559 und Überseekapitäne 449.

Im Rahmen der Informationspflicht über Geldgeschäfte hat das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) mit dem allgemeinen Beschluss 160 verfügt, dass Banken dem Steueramt über Einlagen von über \$ 8.000 im Monat berichten müssen. Börsenmakler müssen es über Geschäfte über \$ 150.000 im Jahr tun. Die Monatsberichte wurden angefordert, um eine kurzfristige Gegenüberstellung der Angaben zu ermöglichen.

Die südkoreanische Dong Won, die seit Anfang der 90er Jahre im Nordwesten Argentiniens (Palmar Largo, El Chivil, Surubí und El Vinalar) Erdöl- und Gasvorkommen betreibt, hat aufgrund von Strukturmassnahmen ihres Stammhauses beschlossen, ihre Aktiven in Argentinien zu veräussern. Mit der Durchführung wurde die Investmentbank Dresdner Kleinwort Benson beauftragt.

Nach der weltweiten Fusion der Consultingfirmen Price Waterhouse und Coopers & Lybrand werden die Filialen beider in Argentinien ein Jahr lang weiter getrennt, jedoch koordiniert, weiterarbeiten, um langsam in die Gesamtorganisation eingegliedert zu werden. Die Erklärung gab J. Naveira, Direktor und Partner von Harteneck, López, Coopers & Lybrand ab. Das neue Unternehmen würde 2.400 Mitarbeiter beschäftigen und US\$ 100 Mio. Jahresumsatz haben.

Der Ermittlung der Weltorganisation für den Fremdenverkehr (OMT) bei 350 Organisationen und Privatunternehmen in 134 Staaten ist zu entnehmen, dass Argentinien 1997 im Fremdenverkehr einen Devisenüberschuss von über US\$ 2,23 Mrd. erwirtschaftet hat. Das seien zweieinhalb mal soviel wie 1990 und 7

mal soviel wie 1985. Von 1990 bis 1997 verdoppelte sich der Auslands-tourismus der Argentinier von US\$ 1,17 Mrd. auf US\$ 2,34 Mrd., die ausländischen Besucher legten jedoch von US\$ 2 Mrd. auf US\$ 4,6 Mrd. zu. Der OMT-Bericht stuft Argentinien als Fremdenverkehrsland mit grossem Wachstumspotential ein. Die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr betragen 1,5% des BIP, 19% der Warenausfuhren und 138% der Dienstleistungsausfuhren des Landes. Die Zahl der Hotelzimmer nahm von 107.000 im Jahr 1985 auf 129.000 im Jahr 1996 zu, die Zahl der Betten von 253.000 auf 318.000, womit Argentinien ungefähr die gleichen Übernachtungsmöglichkeiten bietet wie Brasilien.

Im Amtsblatt vom 6.7.98 erschien das Gesetz 24.977 über die Einheitssteuer für kleine Steuerpflichtige. Das Gesetz wurde durch Dekret 762/98 einem Teilveto unterstellt, das jedoch in keiner Weise das Wesen der Massnahme betrifft.

Kabinettschef Jorge Rodriguez und Bautensekretär Raúl Costamagna versicherten, dass der Bau der Brücke von Rosario nach Victoria, über den Paraná-Fluss, garantiert sei. Das bedeutet, dass die Subvention von \$ 200 Mio. nicht von der Budgetkürzung betroffen worden ist. Der ursprüngliche Vorschlag des Schatzamtes schloss diese Brücke und ebenfalls die Erweiterung der Strasse 9, von Rosario bis Córdoba, mit ein. Auch dieses Projekt wurde schliesslich ausgenommen.

Der Präsident der Börse von Buenos Aires, Eugenio de Bary, schlug beim Festessen zum 144. Jahrestag der Institution in Anwesenheit von Präsident Menem vor, dass eine Weisswaschung von Vermögen gestattet werde, die sich im Ausland befinden, bestehend in Käufen von Aktien (eventuell auch Obligationen) über die lokale Börse. Ein ähnliches System bestand bis 1956, als der Verkauf von Aktien als Legalisierung anerkannt wurde, weil man annahm, dass die Aktien, die damals Inhaberaktien waren (also anonym), schon vorher im Besitz des Verkäufers waren, der sie wegen ihres anonymen Charakters nicht angegeben hatte. De Bary fordert, dass die Massnahme ohne Zeitbegrenzung gelten und unentgeltlich sein soll. Dadurch würden Mittel in produktive Unternehmen geschleust.

Die zur Macri-Gruppe gehörende Sideco Americana hat in Brasilien für US\$ 88 Mio. das Kontrollpaket der Enterpa Ambiental erworben. Das auf Hausmüllentsorgung, Reinigung und Grundstückauffüllungen in S. Paulo, Río und Belo Horizonte spezialisierte Unternehmen hat 1997 US\$ 220 Mio. umgesetzt.

Die Bradesco Bank, das mit 2.200 Filialen und US\$ 5,5 Mrd. Nettovermögen grösste Finanzinstitut Brasiliens, die bisher in Argentinien nur über ein Joint venture im Versicherungswesen tätig ist, hat bei der ZB um die Bewilligung angesucht, um hier auch als Handelsbank tätig zu sein.

F. De la Rúa, Regierungschef der Stadt Buenos Aires, wies die Möglichkeit zurück, dass die Banco Ciudad die US\$ 22 Mio., die ihr die Yoma-Gruppe schuldet, kapitalisieren würde. Die Landesregierung hat ein Dekret verabschiedet das die Gläubigerbanken, Nación, Ciudad und Provincia, sowie die Steuerektion DGI ermächtigt, 100% der Schulden der Gerberei, rd. \$ 140 Mio., zu kapitalisieren, um die Arbeitsplätze zu erhalten.

Das Aluminiumunternehmen Aluar, der Kautschukverarbeiter Fate und das E-Werk Futaleufú haben unter dem Namen Avaluar Sociedad de Garantía Recíproca das 3. Unternehmen geschaffen, das einen Garantiefond bildet, um kleinen und mittelständischen Unternehmen (Pymes) den Zugang zu Bankkrediten zu erleichtern. Das Firmenkapital von Avaluar SGR von \$ 240.000 wird zu 49% von den 3 Unternehmen und zu 51% von 124 Pymes gebildet, die Verteiler oder Lieferanten dieser Un-

ternehmen sind.

TotalGaz führt die Fusion durch Übernahmen mit von ihr kontrollierten Unternehmen durch. Es sind Multigas, Multiargón, Distribuidora La Sureña, Poligas Córdoba, Polar, Invergas und KeroGas. TotalGaz begann die Tätigkeit in Argentinien im Dezember 1997 mit dem Kauf von Argón und betreibt mehr als 70 Abfüll- und Lagerbetriebe von Pressgas, mit einem landesweiten Marktanteil von 25%.

Für die 1998 notwendigen Finanzierungen muss die Wirtschaftsführung nur noch US\$ 4 Mrd. aufnehmen. Sie teilte kurz mit, dass von den für das laufende Jahr vorgesehenen Finanzierungen für US\$ 13 Mrd. bereits US\$ 9 Mrd. gedeckt seien. Somit muss nur mehr für die Hälfte der Fälligkeiten des letzten Jahresquartals gesorgt werden.

Wie die Wirtschaftsführung bekanntgab, hat das Schatzamt Bonds für DM 750 Mio., entsprechend US\$ 413,5 Mio., auf 7 Jahre mit Gesamtzahlung zur Fälligkeit ausgegeben. Hauptunterbringer ist die Bayerische Landesbank, Ausgabedatum der 29.7. Ausgabewert 99,14%, Zinssatz 7,875%, Rendite für den Investor 8,04%, 346 Basispunkte über entsprechenden Deutschen Schatzscheinen, bez. 381 Basispunkte über T-Bonds. Mit der Auflage sind die Finanzierungen für das 3. Quartal vollkommen gedeckt.

Die Preise für Grundstücke in der Bundeshauptstadt sind nach privaten Schätzungen in den letzten anderthalb Jahren um etwa 40% gestiegen. Dabei sind besonders die grossen Grundstücke in Belgrano und Palermo, auf denen sehr hohe Appartementhäuser gebaut werden können, noch mehr im Preis ge-

stiegen. Das ist eine direkte Folge der Knappheit an guten Grundstücken.

Mit einer symbolischen Schenkung von 50 aus recyceltem PET-Kunststoff hergestellten Bänken an die Stadtverwaltung von Córdoba, hat die Kammer für alkoholfreie Getränke (Cadibsa) ihr Recyclingprogramm begonnen. Das Programm sieht das Recycling der für die Abfüllung alkoholfreier Getränke verwendeten PET-Flaschen vor, mit der Arbeitsplätze für nicht qualifiziertes Personal geschaffen werden. 750.000 Einwohner von Córdoba haben sich bereit erklärt, bei der differenzierten, umweltfreundlichen Müllentsorgung mitzuhelfen. Cadibsa hat Maschinen und Einrichtungen für die Wiedergewinnung von PET und anderen Kunststoffen gespendet und Personal geschult.

Die Investmentfonds haben zum 30.6.97 \$ 6,18 Mrd. verwaltet, rd. \$ 219 Mio. mehr als im Mai., wie die Kammer der Fonds bekanntgab. Im 1. Quartal 1998 nahmen die verwalteten Mittel um \$ 838 Mio. bzw. 15,67% zu. Im Juni waren Fristeinlagen wichtigste Finanzierungsquelle für die Industrie, wobei ein Teil der Anleger auf Dollar übergang

Die Regierung der Provinz Buenos Aires hat in den ersten 7 Monaten '98 mehr als 500 Kredite für über \$ 5 Mio. für Kleinstbetriebe gefördert. Nach weiteren Angaben des Produktionsministeriums der Provinz wurden in den letzten 5 Jahren 15.000 Kleinstbetriebe eröffnet, die 45.000 Arbeitsplätze bieten und \$ 2 Mrd. im Jahr umsetzen. Rd. 85% der Vorhaben befinden sich im Inneren der Provinz, der Rest in Gross Buenos Aires. Die 5.255 landwirtschaftlichen Vorhaben wurden mit \$ 31,89 Mio. finanziert.

ADLER, HASENCLEVER Y ASOCIADOS

WIRTSCHAFTSPRUEFUNGS- UND STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT
UNTERNEHMENSBERATUNG

seit über 30 Jahren für mittelständische Unternehmen tätig



SAN MARTIN 575, 2° ST.
(1004) BUENOS AIRES

Tel: (00541) 393-6680
FAX: (00541) 325-6989
post@adlerhas.com.ar
www.adlerhas.com.ar